

„Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik“

Im Umweltforum in Berlin-Friedrichshain führten GdW, Schader-Stiftung, Deutscher Städtetag, Deutsches Institut für Urbanistik und InWIS am 11. Februar 2005 eine Veranstaltung durch, in der sie als Verbundpartner des Projektes „Zuwanderer in der Stadt“ ihre „Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik“ zur Diskussion stellten.



Bernhard Spiller,
Mitglied des
Expertenforums

Das Projekt wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert und ist von Januar 2004 bis August 2006 terminiert. Die in der Tagung zur Diskussion gestellten Empfehlungen eines Expertenforums, dem u. a. Manfred Krause (Spar- und Bauverein Solingen) und Bernhard Spiller (Nassauische Heimstätte, Frankfurt) angehören, beziehen sich auf 10 Themenbereiche:

1. Integration trotz Segregation
2. Kompetenzen und Angebote
3. Bildung und Spracherwerb vor Ort
4. Migrantinnen-Ökonomie
5. Teilhabe- und Mitwirkungsmöglichkeiten
6. Sicherheitsempfinden im Quartier
7. Freiräume
8. Nutzungsmischung im Quartier
9. Städtebau, Architektur und soziales Zusammenleben
10. Wohneigentumsbildung

Diese Empfehlungen werden jetzt von der zweiten Säule des Projektes, dem Praxis-Netzwerk, erprobt, um jeweils vor Ort die Praxis der sozialräumlichen Integration zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Am Praxis-Netzwerk nehmen u. a. die Städte Essen und Frankfurt/Main teil.

In einer abschließenden Podiumsdiskussion nahm u. a. Verbandsdirektor Bernhard Schneider Stellung zu den Empfehlungen. Er führte u. a. aus: „Die Wohnungsunternehmen vor Ort erfahren zu

deutlich, dass sich Integration zwangsläufig umso mehr im Wohnbereich abspielt, abspielen muss, je geringer die sonstige Integration der Bewohner (etwa in den Bildungseinrichtungen, in den Betrieben oder im soziokulturellen Leben einer Stadt, einer Region) ist.

Der Wohnungswirtschaft ist schon längst klar, dass wir uns auf die immer bedeutsamer werdende Zielgruppe der Haushalte mit Migrationshintergrund einstellen müssen und wollen. Sie kann jedoch die Folgeprobleme demographischer Entwicklung und einer Gesellschaft im Wandel allein nicht bewältigen.

Dasselbe trifft auf die Politik zu, denn die Wohnungspolitik – oder im weiteren Sinne die Stadtentwicklungspolitik – behandelt vielfach nur die Symptome – auch auf kommunaler Ebene. Die Integrationsleistung und –fähigkeit bestimmt jede Gesellschaft selbst. Und damit ist die Politik in ihrer Gesamtheit auf allen politischen Ebenen – sei es die Bundes-, die Landes- oder die Kommunalpolitik und alle Politikfelder, wie Zuwanderungspolitik, Bildungs- und Beschäftigungspolitik, Innen- und Sicherheitspolitik, Sozialpolitik usw., angesprochen. Die Komplexität der Thematik macht ganzheitliche integrierte Zukunftskonzepte erforderlich, und diese werden nur dann nachhaltigen Erfolg haben, wenn sie auf Kooperationen zwischen den verschiedenen Fachdisziplin-Ressorts basieren.“ □

Armut unter Migranten häufig

Zuwanderer immer ärmer

Die Armut unter Zuwanderern hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen.

„Unter den Zuwanderern ist der Anteil der in Armut Lebenden überdurchschnittlich gestiegen“, heißt es in einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Ältere und jüngere Migranten litten besonders häufig unter prekären finanziellen Verhältnissen. 2003 lebten demnach 28 Prozent der Zuwanderer in